

Antrag 90/I/2021**Landesparteitag****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze in Sicherheit bringen!**

1 Die Lage an der EU-Außengrenze zu Belarus ist ver-
2 heerend. Durch die menschenverachtende Politik
3 des belarussischen Diktators Lukaschenko, der sich
4 durch die illegale Schleusung von Migranten bei der
5 EU für die verhängten Sanktionen rächen will, wur-
6 den tausende Menschen in unmittelbare Lebensge-
7 fahr gebracht. Acht Menschen sind bereits an der
8 polnischen Grenze ums Leben gekommen.
9 Angesichts des offensichtlichen Kalküls des Regimes
10 Lukaschenko dürfen wir weder unsere polnischen
11 Nachbarn noch die ca. 2000 geflüchteten Menschen
12 aus Syrien, Afghanistan und dem Jemen, die sich ak-
13 tuell an der Grenze zwischen Polen und Belarus auf-
14 halten, im Stich lassen.
15 Die SPD Brandenburg muss ihre guten Beziehungen
16 zu Polen nutzen und sich gemeinsam mit dem Bund
17 und der EU für eine schnelle Versorgung der Men-
18 schen einsetzen.
19 Hierbei muss klar kommuniziert werden, dass ille-
20 gale Pushbacks nicht die geeignete Maßnahme sind,
21 da die Menschen somit lediglich zurück in die Hände
22 des belarussischen Regimes getrieben werden, das
23 sie erst in diese Lage gebracht hat. Das Leid von Men-
24 schen darf nicht zum Spielball politischer Interessen
25 verwendet werden! Um die Krise zu beenden muss
26 schnellstmöglich eine politische Lösung gefunden
27 werden.
28 Gleichzeitig dürfen wir es nicht zulassen, dass Men-
29 schen an den EU Außengrenzen schwer verletzt wer-
30 den, verhungern, erfrieren, oder anderweitig zu To-
31 de kommen. Das im EU Recht verankerte Recht auf
32 ein faires Asylverfahren, einschließlich der Möglich-
33 keit auch an der Grenze einen Asylantrag stellen zu
34 können, muss gewahrt werden.
35 Als Brandenburger SPD, die in unserem Land in Re-
36 gierungsverantwortung steht, sollte es bei den Bil-
37 dern, die man tagtäglich in den Nachrichten sieht,
38 alles daran gelegen sein, dass sich die Situation der
39 Menschen vor Ort ändert. Wir fordern daher die SPD
40 Brandenburg auf, sich innerhalb der laufenden Ko-
41 alitionsverhandlungen für eine schnelle, pragmati-
42 sche und menschliche Lösung einzusetzen, die im
43 Einklang mit EU Recht steht!